

BERLINER RUNDSCHAU

Genossen-Filz und gezinkte Verträge



Abschied von Hanna-Renate Laurien

Zum Gedenken an eine
engagierte und couragierte
Politikerin

Seite 3



CDU-Chef Frank Henkel

„Wowereits SPD macht sich
Berlin zur Beute“

Seite 5



„Gemeinsinn und Leistung“

CDU Berlin diskutiert
Integrationspapier

Seite 6

DER ROTE FILZ

Die aktuelle SPD-Affäre um die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE ist kein Einzelfall. In der gut 60-jährigen Geschichte Berlins seit dem Zweiten Weltkrieg – in der die Sozialdemokraten über 50 Jahre am Senat beteiligt waren und insgesamt 40 Jahre den Regierenden Bürgermeister stellten – hat der „rote Filz“ schon häufig für Skandale gesorgt. Hier eine kleine Auswahl:

Die **KREISEL-AFFÄRE**: Die Architektin und Ex-Ehefrau des Kreuzberger Bezirksbürgermeister Willy Kressmann (SPD), Sigrid Kressmann-Zschach, stellte 1968 ihre Pläne für ein prächtiges Büro- und Einkaufszentrum mit eigenem U- und Bus-Bahnhof vor – den Steglitzer Kreisel. Kostenvoranschlag: 180 Mio. Mark. Das Land Berlin steuerte 35 Mio. Mark für die Verkehrsbauten im Kreisel bei, zudem gewährten Finanzsenator Heinz Striek (SPD) und Bausenator Rolf Schwedler (SPD) leichtfertig eine Bürgschaft über 42 Mio. Mark. Als Kressmann-Zschach 1974 Konkurs anmeldete, musste das Land Berlin für die Schulden aufkommen. Finanzsenator Striek verlor aufgrund der fahrlässigen Vernachlässigung seiner Sorgfaltspflicht bei der Vergabe öffentlicher Mittel 1975 sein Senatorenamt.

Die **OHRFEIGEN-AFFÄRE**: 1974 musste Heinz Kuchler (SPD) sein Mandat niederlegen, da ihm vorgeworfen wurde, einer Gartenbaufirma gegen Bezahlung Aufträge verschafft zu haben. Zudem soll Kuchler Abgeordneten-Briefpapier für seine Geschäftspost missbraucht haben. Als ihn ein Rundfunk-Reporter mit Fragen dazu konfrontierte, ohrfeigte Kuchler den Reporter in aller Öffentlichkeit.

Noch im gleichen Jahr wurde der Anwalt Joachim Fielitz, ehemaliger Justizsprecher der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, wegen Beihilfe zum Betrug und fortgesetzter Untreue zu zehn Monaten auf Bewährung verurteilt. Gegen den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Werner Jannicke, wurden Ermittlungen aufgenommen, weil er einer frisierten Bilanz zugestimmt hatte.

Die **GARSKI-AFFÄRE**: 1978 gewährte der Berliner Senat auch der längst konkursreifen Baufirma des Architekten Dietrich Garski leichtfertig eine Bürgschaft. Wirtschaftsminister Wolfgang Lüder (FDP) und Finanzsenator Klaus Riebschläger (SPD) stimmten öffentlichen Krediten für diverse Bauvorhaben Garskis in arabischen Ländern zu. Somit kassierte Garski insgesamt an die 128 Mio. Mark für Projekte, die gar nichts mit Berlin zu tun hatten. 1980 wurde Garski zahlungsunfähig und Berlin musste für die Millionen-Bürgschaft einspringen. Später stellte sich heraus, dass die Bürgschaft bei einem Gespräch zwischen dem Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe (SPD), Finanzsenator Riebschläger und Wirtschaftsminister Lüder nur kurze Zeit vor der Insolvenz Garskis sogar noch aufgestockt wurde. Alle drei mussten ihre Ämter niederlegen.

Der **KPM-SKANDAL**: Senatsdirektor Dieter Schwäbl (SPD) erwirkte, dass Jürgen Grimming, persönlicher Referent des Bürgermeisters Kurt Neubauer (SPD), den Posten des kaufmännischen Direktors bei der Staatlichen Porzellanmanufaktur KPM bekam. Grimming ließ sich wenige Wochen später von dem Posten beurlauben, da er als Nachrücker für die SPD in den Bundestag einzog. Zuvor sorgte er jedoch noch dafür, dass zwei KPM-Abteilungsleiter, die der SPD angehörten, eine Gehaltserhöhung erhielten. Senatsdirektor Schwäbl musste zurücktreten. Der Skandal trug 1977 auch zum Sturz des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz (SPD) bei.

Die **TEMPODROM-AFFÄRE**: Stadtentwicklungssenator Peter Strieder (SPD) und Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) gerieten wegen der Finanzierung des Kulturtempels Tempodrom ins Visier der Justiz. In den Bau auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Bahnhofs pumpte das Land Berlin auf Betreiben Strieders Millionen – bis das Tempodrom mit 33 Mio. Euro doppelt so teuer wurde, wie ursprünglich geplant. Die Staatsanwaltschaft warf Strieder und Sarrazin in einem späteren Prozess vor, den mit Strieder persönlich befreundeten Betreibern einen Kredit am Landesparlament vorbei zugebilligt zu haben. Verdächtig erschien der Staatsanwaltschaft auch die Unterstützung des am Tempodrom-Bau beteiligten Unternehmers Roland Specker für eine SPD-Wahlparty über 5.000 Euro, die nicht verbucht wurde. Im Zuge der Affäre trat Strieder 2004 zurück.

Der **DAGEWO-SKANDAL**: 2003 sorgte der Wechsel des SPD-Politikers Frank Bielka in den Vorstand der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft Degewo für heftige Diskussionen. Bielka war in seiner vorherigen Funktion als Staatssekretär Aufsichtsratsvorsitzender der Degewo. Kurz vor seinem Wechsel wurden die Bezüge für die Dagewo-Vorstandsmitglieder erhöht. Erneut in die Kritik geriet Bielka später im Zusammenhang mit dem Bauprojekt „Adlershofer Tor“ und der Annahme von Freikarten für Hertha BSC.

Abschied von der Grande Dame

Sie war eine herausragende Persönlichkeit und genoss als engagierte und couragierte Politikerin über alle parteipolitischen Grenzen hinweg hohes Ansehen. Am 12. März 2010 starb Dr. Dr. h.c. Hanna-Renate Laurien im Alter von 81 Jahren. Die Berliner CDU trauert um ihre „Grande Dame“.

Angesprochen auf ihre beeindruckende Karriere erklärte Hanna-Renate Laurien einmal, sie habe alles ihrer „erwiesenen Frechheit“ zu verdanken. Und der Tatsache, dass sie stets mit ganzem Herzen dabei gewesen sei. Das war sie wirklich. Ob als Oberstudiendirektorin eines Kölner Mädchengymnasiums, wo sie 1967 entgegen der damals gültigen Gesetze durchsetzte, dass eine schwangere Schülerin zum Abitur zugelassen



wurde, oder als Schulsenatorin von Berlin, Bürgermeisterin und Stellvertreterin des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen und Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses – Hanna-Renate Laurien trat immer mit viel Mut, Entschlossenheit und Klugheit für ihre Überzeugungen ein. Aufgrund ihrer resoluten, aber stets sympathischen und fairen Art, die selbst ihren politischen Gegnern Respekt abverlangte, wurde sie im Berliner Volksmund liebevoll „Hanna-Granata“ genannt.

Die gebürtige Danzigerin und überzeugte Katholikin trat 1966 in die CDU ein und wechselte 1981 von Rheinland-Pfalz, wo sie Kultusministerin war, in den Senat von Berlin. Diesem gehörte sie bis 1989 als Senatorin für Schule, Jugend und Sport an. Während ihrer Amtszeit erwarb sie sich durch ihren engagierten Einsatz das Vertrauen von Schülern, Eltern und Lehrern. Ideologische Experimente in der Schulpolitik

lehnte Laurien stets strikt ab: „Die Schule gehört keiner Partei! Die Kinder haben einen Anspruch darauf, informiert und nicht indoktriniert zu werden“, stellte sie klar. Von 1986 bis 1989 übernahm Laurien auch das Amt der Bürgermeisterin von Berlin. 1991 wurde sie als erste Frau Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin. Dort führte sie ein strenges Regiment, das von den Abgeordneten aller Parteien anerkannt wurde. Lautstarke Zwischenrufer brachte sie schlagfertig zur Raison: „Gegen meine Schulhof-Stimme kommen Sie sowieso nicht an!“ Während ihrer Amtszeit als Abgeordnetenhaus-Präsidentin organisierte sie mit viel Geschick und Energie den Umzug des ersten Gesamtberliner Parlaments nach der Wiedervereinigung der Stadt. Ihren Rücktritt nach vier Jahren kommentierte Laurien mit einem Zitat des Jesuiten-Philosophen Baltasar Gracian: „Lasse die Dinge, ehe sie dich verlassen“.

Nach ihrem Ausscheiden aus der Politik setzte sich „Hanna-Granata“ selbstverständlich nicht zur Ruhe. In zahlreichen Ehrenämtern engagierte sie sich bis ins hohe Alter für die Menschen in Berlin und für die katholische Kirche, deren treue Dienerin sie bis zuletzt blieb. Besonders wichtig war ihr ihre Tätigkeit als Mitbegründerin und stellvertretende Vorsitzende des Vereins „Gegen das Vergessen – für Demokratie“, der sich dem Kampf gegen Extremismus verschrieben hat. In diesem Zusammenhang rief sie die Berliner Bevölkerung im Herbst 1992 erfolgreich zu Demonstrationen gegen aufkeimende Ausländerfeindlichkeit und Rassismus auf.

Für ihr lebenslanges Engagement wurde Laurien mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt. 1981 erhielt sie das Große Bundesverdienstkreuz mit Stern, 1996 wurde ihr der Ehrentitel einer Stadtältesten von Berlin verliehen. Für ihr katholisches Engagement wurde sie mit der Ehrendoktorwürde der Katholisch-Theologischen Fakultät der Westfälische Wilhelms-Universität Münster geehrt. „Ehrenzeichen lassen mich kalt“, pflegte sie zu sagen, wenn man sie darauf ansprach. Was für sie zählte, war das Ergebnis.

Berlin ist seit dem Tod Hanna-Renate Lauriens um eine großartige Frau ärmer. Die Berliner CDU trauert um ihre „Grande Dame“. „Hanna-Renate Lauriens eindrucksvolle Art, die Menschen mit einer Politik, die auf den Grundlagen des christlichen Menschenbildes basierte, zu überzeugen, war beispielgebend. Ihre Stimme fand überall Gehör. Ihr Tod hinterlässt eine große Lücke“, erklärte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel.



MASERATI-HARRY, HOWOGE UND HAITI

Was haben die Begriffe Maserati-Harry, Howoge und Haiti gemeinsam? Das gemeinsame Desinteresse an den Menschen in dieser Stadt. Und dieses Desinteresse hat einen Namen – SPD. Der Skandal um eine fürstliche Geschäftsführer-Entlohnung und den Maserati-Dienstwagen bei der Treber-Hilfe mindestens deswegen, weil der SPD-geführte Senat jeden Überblick darüber verloren hat, was mit den Abermillionen von Steuergeldern im Sozialbereich geschieht. Dabei ist Maserati-Hans-Harald-Ehler, ehemaliger Abgeordneter und SPD-Urgestein, der sich selbst als „eine Mischung aus Dagobert Duck und Mutter Theresa“ bezeichnet hat, wohl nur die sichtbare Spitze eines Eisberges. Die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Howoge deshalb, weil zwei SPD-Mitglieder als Geschäftsführer wegen der Vergabepraxis von Aufträgen fristlos entlassen wurden und der Abgeordnete Hillenberg, ebenfalls SPD, von diesen Aufträgen profitierte. Unvergessen wird im filzkrautischen Zusammenhang Hillenbergs Erklärung bleiben: „Man kennt sich eben.“

Und letztlich die alles Desinteresse zusammenfassende Erklärung von Klaus Wowereit, warum das THW beim Berliner Eis-Chaos Anfang des Jahres nicht zu helfen brauche: „Wir sind doch hier nicht in Haiti.“ Immerhin muss man Wowereit attestieren, dass dieser Spruch kein Ausrutscher auf glatter Straße war, sondern sich nahtlos einfügt in Zitate wie „Arm, aber sexy“ und „Hätte ich Kinder, würde ich die nicht nach Kreuzberg auf die Schule schicken“. Die SPD war in den 65 Jahren Nachkriegsgeschichte ganze 8 Jahre nicht in der Berliner Landesregierung vertreten (1981-1989). 57 Jahre sind eine lange Zeit, um Netzwerke aufzubauen und diese auch zu nutzen. Eine lange Zeit, um sich die Stadt immer ein Stückchen mehr zur Beute zu machen. Eine viel zu lange Zeit. Seit 31 Jahren ist im Übrigen Klaus Wowereit Mandatsträger für die SPD – gönnen wir auch ihm etwas Ruhe.

DAS SYSTEM IST AUSSER KONTROLLE

Dem langjährigen SPD-Funktionär und Maserati-Dienstwagen-Fahrer Harald Ehlert könnte man ja fast dankbar sein, dass er die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Milliarden-Missstand der staatlichen Finanzierung von Sozialprojekten gelenkt hat. Keiner hat einen Überblick. Geschätzte 3.000 Projekte werden von hunderten Organisationen durchgeführt. Der Senat ist mit dem von ihm selbst angerichteten Wildwuchs so überfordert, dass er nicht einmal sagen kann, wie viel Geld an wen geht. Von 2,5 Milliarden Euro ist die Rede. Die Mischfinanzierung aus einem Dutzend Töpfen kennen selbst Experten immer nur zum Teil. Schlecht funktioniert das System der Globalzuweisungen an die Bezirke. Mit Dutzenden von Indexpunkten, Abzügen und Aufschlägen ist es so kompliziert, dass keiner mehr so recht versteht, warum jetzt wer wie viel Geld für welche Projekte ausgeben kann. Es war mal dazu gedacht, Ressourcen und Leistungsverantwortung in einer Hand bürgernah zu bündeln. Daraus geworden ist ein undurchsichtiges Mangelverwaltungssystem. Komplizierte Vertragsgeflechte, Gruppenverträge mit Wohlfahrtsverbänden und der Übergang von staatlich finanzierten Immobilien in das Eigentum der Träger haben Abhängigkeiten geschaffen. Das Haushaltsrecht des Parlaments ist faktisch ausgehöhlt.

Rot-Rot hat auf diesem Gebiet vollständig versagt und zieht auch jetzt nicht die richtigen Konsequenzen. Der Senat erfuhr spätestens 2008 aus der Zeitung von dem absurden Sozial-Dienstwagen Maserati, trennt sich aber erst nach wochenlangem öffentlichem Druck von ihrem langjährig gelobten Genossen Ehlert und leitet eine Restrukturierung der Treberhilfe ein. Das Durcheinander ordnen und die Abhängigkeiten reduzieren, das geht der Senat nicht systematisch an. Zusätzliche Bürokratie wird das Problem nicht lösen. Stattdessen sollten wir über faire Wettbewerbe, transparent und langfristig Aufgaben an Träger per Ausschreibung vergeben. Bei lokalen Energienetzen sind wir in Deutschland diesen Weg gegangen. Ganze Stromnetze wechseln den Betreiber – notfalls über faktische Enteignung. Dieser Wettbewerb schafft Transparenz und reduziert Abhängigkeiten.

Dafür ist ein einheitliches Kontrollsystem notwendig, aus dem sich ergibt, wer erfolgreich was für die Menschen erreicht. Heute werden zwar ständig Evaluierungen angekündigt, sie führen aber so gut wie nie zu Ergebnissen, geschweige denn zur Beendigung von mangelhaften Projekten.

Fazit: Das System ist außer Kontrolle. Es regieren Bürokratie und Beziehungsgeflechte. Transparente Verwaltungs- und Finanzierungsstrukturen müssen geschaffen werden. Dafür brauchen wir eine Generaldebatte und anschließend einen Umbau, der sicher ein paar Jahre brauchen wird.

Thomas Heilmann

Leitbild für Berlin

Der Fraktions- und Landesvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, hat beim Business-Breakfast des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) ein Leitbild für die deutsche Hauptstadt skizziert.

In seiner Rede verwies Henkel darauf, dass Berlin neben vielen Problemen wie Armut, maroden Schulen und Kriminalität vor allem an einem Mangel leide: Der Stadt fehle ein übergeordnetes Leitbild. Daher forderte der CDU-Chef eine Vision, die ausdrücke, wo die Stadt hinwolle und wie sich ihre Bürger in diese Aufgabe einbringen könnten. Henkel: „Wer Berlin führt, kann Maßstäbe für Deutschland setzen. Berlin ist eine der anspruchsvollsten Gestaltungsaufgaben in Deutschland, diese Aufgabe wird derzeit nicht wahrgenommen.“

Angesichts der globalen Herausforderungen müsse Berlin auf das „Wachsen von Intelligenz“ setzen. Man dürfe vor dem Hintergrund der zu erwartenden Umwälzungen den zukünftigen Wohlstand aber nicht mehr nur über das Wirtschaftswachstum definieren, so Henkel. Deutschland als Erfinder der sozialen Marktwirtschaft sei der ideale Kompetenzstandort für eine Ökonomie der Nachhaltigkeit. Henkel: „Wir sollten nicht nur Technologien und Dienstleistungen exportieren, sondern auch gesellschaftliche Ansätze für umweltfreundliches, nachhaltiges Handeln im Wirtschafts- und Sozialsektor. Berlin als Hauptstadt Deutschlands hat die Chance, in dieser zu entfachenden strategischen Dynamik eine Triebfelder-Funktion zu übernehmen.“

Diese Entwicklung brauche aber auch ein wirtschaftliches, ein industrielles Rückgrat, mahnte der CDU-Vorsitzende. In diesem Zusammenhang kritisierte er das von Rot-Rot vorschnell propagierte „postindustrielle Zeitalter“, den über Jahre gepflegten politischen und wirtschaftlichen Selbstbetrug der Stadt, dass die Dienstleistungen von den Dienstleistungen leben könnten. „Wir brauchen Leuchttürme, um die Reindustrialisierung in unserer Stadt voran-

zutreiben“, forderte Henkel. Die Berliner CDU habe deshalb als erste Partei bereits Anfang 2009 ein umfassendes Konzept für die Nachnutzung des Flughafens Tegel vorgelegt. „Mit unserem Solar- und Industriepark TXXXL haben wir den Anspruch formuliert, einen der modernsten und nachhaltigsten Industrieparks im Bereich der ökologischen Zukunftstechnologie in Europa zu



Foto: Lüders

schaffen.“ Leider sei dieser Vorschlag von der rot-roten Koalition abgelehnt worden.

Als dritte Säule einer positiven Entwicklung Berlins beschrieb Henkel die Integration: „Aufgrund der demografischen Entwicklung sind wir zunehmend auf die Fähigkeiten von Zuwanderern angewiesen. Es ist im allgemeinen Interesse, dass auch Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu Fachkräften ausgebildet werden. Sie sollen Leistungsträger und nicht Leistungsempfänger werden.“ Dazu müssten allen – Deutschen wie Zuwanderern – alle Bildungswege und Aufstiegschancen offen stehen, betonte Henkel. „Wir müssen sie und uns verpflichten, diese Chancen zu ergreifen und ein eigenverantwortliches Leben anzustreben“, so der CDU-Chef abschließend.

Henkel: „Wowereits SPD macht sich Berlin zur Beute“

Ein SPD-Politiker, der tief im Bausumpf steckt, ein Ex-SPD-Abgeordneter, der sich als Chef einer Obdachlosenhilfe im Dienstwagen-Maserati chauffieren ließ – das sind nur zwei besonders spektakuläre Beispiele für den roten Filz, der sich in der Regierungszeit von Klaus Wowereit durch Berlin zieht.

Es waren Mieterproteste, die zur Aufdeckung der skandalösen Verstrickungen zwischen der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Howoge und dem SPD-Abgeordneten Hillenberg führten: Das Unternehmen wollte im Ortsteil Buch Luxusmodernisierungen durchsetzen. Diese hätten für die betroffenen Anwohner Mieterhöhungen um bis zu 100 Prozent zur Folge gehabt.

Brisant dabei: Planer des millionenschweren Sanierungsprojekts war das Ingenieurbüro des SPD-Abgeordneten Ralf Hillenberg, gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Bauausschusses im Berliner Abgeordnetenhaus. Auch die beiden mittlerweile entlassenen Howoge-Geschäftsführer gehören - wie viele Parteibuchsoldaten in den Spitzen von Berlins landeseigenen Wohnungsgesellschaften - der SPD an.

Wie sich herausstellte, hatte die Howoge dem SPD-Politiker Hillenberg unter Umgehung der Vergabepraxis freihändig Aufträge zugeschanzt. Hillenberg rechtfertigte diese Praxis in einem Zeitungsinterview mit der abenteuerlichen Begründung, die Zusammenarbeit mit eingespielten Partnern sei viel effektiver, man kenne sich eben, und außerdem habe die Howoge damit



kartell bei der Howoge gibt, wonach Aufträge gezielt an einen kleinen Kreis von Firmen vergeben wurden, darunter das besagte Ingenieurbüro des SPD-Politikers Hillenberg.

„Politische Hygiene wiederherstellen“

Berlins CDU-Chef Frank Henkel sprach angesichts dieser Geschäftspraktiken von „Selbstbedienungsmentalität“ und erklärte, die Vorgänge um die Howoge zeigten „die tiefen Verflechtungen zwischen der Berliner Sozialdemokratie und den städtischen Wohnungsgesellschaften. Offensichtlich verstehen Sozialdemokraten etwas anderes unter öffentlicher Wohnungspolitik als die Berlinerinnen und Berliner. Dabei ist nicht nur ein ideeller, sondern auch ein materieller Schaden



Legendärer Genossen-Filz: In einer Ausgabe aus dem Jahr 1975 machte sich das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL über die „Filzokratie“ in der Berliner SPD lustig

Geld gespart. Einsicht und Reue: Fehlanzeige. Neue Presserecherchen legen nahe, dass es möglicherweise sogar ein regelrechtes Bieter-

entstanden – für die vielen engagierten Unternehmer und Mittelständler in unserer Stadt, die kein SPD-Parteibuch haben und angesichts von

Vetternwirtschaft und Direktvergabe unter Genossen wirtschaftlich ausgegrenzt sind.“ Der CDU-Vorsitzende forderte Konsequenzen aus diesen Vorfällen und mahnte mehr Transparenz und Kontrolle an: „Das ganze System von SPD-Filz muss auf den Prüfstand – in den Wohnungsbaugesellschaften, in der Sozialwirtschaft und im Quartiersmanagement.“ Dazu zählt auch der Fall des langjährigen SPD-Abgeordneten Ehlert, der sich als Vorsitzender der Treberhil-



fe mit einem Dienstwagen-Maserati durch die Stadt kutschieren ließ. Henkel: „Die SPD macht sich unsere Stadt zur Beute. Wir fordern, dass die politische Hygiene endlich wiederhergestellt wird.“

Übrigens: Nach langem Drängen der Opposition ist Hillenberg mittlerweile aus der SPD-Fraktion ausgetreten. Er ist aber weiterhin Mitglied der SPD.

Pressestimmen zum Integrationspapier

„Der riskante, aber richtige Weg der CDU“

Leitartikel von Gilbert Schomaker in der Berliner Morgenpost, 19. März 2010

„Parteichef Henkel hat für das Konzept geschickt ein liberal-konservatives Autorenteam gemixt, das von kühler Vernunft bis zum heißen patriotischen Herzen ein breites Spektrum abdeckt.“

Der Tagesspiegel, 19. März 2010

„Durch den Vorstoß der CDU ist auch Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) gefordert. Er hatte angekündigt, das Thema Integration in diesem Jahr zum Schwerpunkt seiner Arbeit zu machen. Nun wächst der Druck, konkrete Ergebnisse folgen zu lassen.“

Berliner Morgenpost, 19. März 2010

„Es fällt vor allem auf, dass die CDU in dem Papier die Tonlage geändert hat.“

Berliner Zeitung, 19. März 2010

„Bei den türkischstämmigen Deutschen stößt das Integrationspapier der CDU auf Zustimmung. [...] Auch Grünen-Fraktionschef Volker Ratzmann steht dem Papier positiv gegenüber.“

Berliner Morgenpost, 19. März 2010



„Die ‚deutschen Interessen‘ müssten bei der Integration stärker betont werden. [...] Traurige Tatsache ist, dass die CDU damit wohl tatsächlich mehrheitsfähig ist – selbst in Berlin.“

taz, 19. März 2010

„Anders als die SPD will die CDU kein kommunales Wahlrecht für Ausländer, sie ist auch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft.“

Berliner Zeitung, 19. März 2010

„Gemeinsinn und Leistung“

„Gemeinsinn und Leistung“ – so heißt der Diskussionsentwurf zum Thema Integration, den die Berliner CDU Mitte März vorgestellt hat. Das 44 Seiten starke Papier beschreibt, „wie Berlin zum Vorbild für die erfolgreiche Eingliederung der Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft wird“ und setzt dabei vor allem auf neue Impulse in der Integrationsdebatte.



„Die CDU Berlin möchte beide Seiten für die Integration gewinnen – Einheimische wie Zuwanderer“, beschreibt der Fraktions- und Landesvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, das Kernanliegen des Diskussionsentwurfes. „Wir wollen beide davon überzeugen, dass sie im selben Boot sitzen und ein gemeinsames Interesse am Gelingen von Integration haben“, so Henkel weiter. Dazu setzt die Berliner CDU auf neue Impulse in der Integrationsdebatte: „Wir sprechen uns dafür aus, Probleme und Missstände frei von Tabus zu benennen und auch die Sorgen und Ängste der einheimischen Bevölkerung zu berücksichtigen“, erklärt der CDU-Chef. Das Papier enthält eine Vielzahl von Vorschlägen, wie Integration in Berlin gelingen kann. Die vorgeschlagenen Maßnahmen folgen dabei der Devise „Fördern und Fordern“. Man solle Zuwanderer willkommen heißen, ihnen Perspektiven für den persönlichen Aufstieg und Teilhabe bieten, von ihnen aber auch ein klares Bekenntnis zu unseren Grundwerten fordern und Missständen notfalls mit Sanktionen begegnen, macht Henkel deutlich. Henkel dankt den Autoren des Papiers, Monika Grütters, stellvertretende Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete, sowie Burkard Dregger, Mitglied im Landesvorstand. Beide hatten zur Ausarbeitung

des Papiers eine Vielzahl von Gesprächen mit Interessenvertretern und Vertretern der Bundespolitik geführt. In den letzten Wochen und Monaten diskutierten sie in den Kreis- und Ortsverbänden des Berliner Landesverbandes mit Hunderten von Mitgliedern die Grundthesen des Konzepts, welches Mitte April einem Kleinen Landesparteitag zur Beschlussfassung vorgelegt wird und sich derzeit zur weiteren Diskussion

in den Gliederungen der Partei befindet. „Integration kann nicht staatlich angeordnet werden, sie findet zwischen den Menschen statt“, führt Dregger aus. Deshalb wolle die CDU Berlin Einheimische und Zuwanderer emotional abholen, ein gemeinsames Leitbild für die Stadt entwickeln. „Wir möchten Identifikation mit Deutschland, Berlin und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stiften“, so Dregger. Monika Grütters betont, dass Deutschland zur Bildungs- und Aufsteigerrepublik werden müsse – für Einheimische wie für Zuwanderer. „Zuwanderer sollen Leistungsträger in unserer Gesellschaft werden und nicht Leistungsempfänger“, so die Bundestagsabgeordnete. Dazu sei insbesondere eine frühzeitige, gezielte Sprachförderung notwendig. CDU-Chef Henkel plädiert dafür, der Integrationspolitik insgesamt einen anderen Stellenwert einzuräumen, da sie für die Zukunft Berlins von höchster Bedeutung sei: „Integration muss zur Chefsache werden!“ Denn die Kosten für eine gelungene Integration seien langfristig viel geringer als die Kosten mangelnder Integration, so Henkel abschließend. Das Integrationspapier kann unter www.cduberlin.de heruntergeladen werden oder wird Ihnen in gedruckter Fassung durch die Landesgeschäftsstelle (Tel. 030 / 32 69 04 0) zugeschickt.

Runde Geburtstage

Anfang April haben zwei große deutsche Staatsmänner und Ehrenbürger Berlins „runde“ Geburtstage. Am 3. April begeht Helmut Kohl seinen achtzigsten Geburtstag, am 15. April wird Richard von Weizsäcker 90 Jahre alt. Die Berliner Rundschau sprach anlässlich dieser Jubiläen mit Eberhard Diepgen, dessen politisches Schaffen oft mit beiden Persönlichkeiten verknüpft war.

? Herr Diepgen, das Wirken von Helmut Kohl und Richard von Weizsäcker ist in vielfältiger Weise mit Berlin verbunden. Was glauben Sie, wird dauerhaft in Erinnerungen bleiben?

! Richard von Weizsäcker hat der Stadt und den Berlinern nach vielen Krisen ein neues Selbstbewusstsein gegeben. Er war der rechte Mann zur rechten Zeit. Wichtig war der Umgang mit den Hausbesetzern. Rechtsstaatliche

Entschlossenheit und auch die Bereitschaft, einvernehmliche, vertragliche Lösungen durchzusetzen. Als Bundespräsident hat er ohne Wenn und Aber für Berlin als Hauptstadt gefochten und war auch der Erste, der Berlin zum Sitz eines Bundesorgans machte.

? ... und Helmut Kohl ...

! ... votierte für Berlin, nahm aber nach meinem Geschmack zu viel Rücksicht auf das Rheinland und Vorbehalte gegen die angeblichen Gefahren eines Berliner Zentralismus. Hannelore Kohl war der größere Fan der Hauptstadt Berlin. Dabei mochte er Berlin, besuchte oft den Zoo, engagierte sich insbesondere vor 1989 für die wirtschaftliche und in seiner gesamten Amtszeit auch für die städtebauliche Entwicklung. Ich erinnere mich gerne an Spaziergänge, bei denen wir uns beispielsweise Alternativen für die Erweiterung des Deutschen Historischen Museums rund um das Zeughaus ansahen.

? Alles mit Auswirkungen auf das heutige Stadtbild?

! Sicher. Ohne ihn gäbe es nicht das Deutsche Historische Museum in Berlin und ganz sicher nicht den Bau von Pei. Ich denke darüber hinaus an die Pieta in der Neuen Wache, aber auch an das Kanzleramt, andere Regierungsbauten und auch die Bundesgeschäftsstelle der CDU. Er wollte übrigens nach 1991 in Berlin keine Provisorien für die Bundesregierung. Die halten zu lange, das war seine Position. Und bei den Architekturentscheidungen hat er sich zum Erstaunen seiner Dauerkritiker stets gegen die



Zwei große Staatsmänner und ihre First Ladies am 18. Oktober 1982: Marianne von Weizsäcker, Hannelore Kohl, Helmut Kohl und Richard von Weizsäcker (v.l.n.r.)

konventionelleren Entwürfe entschieden. So war es beim Kanzleramt und auch beim Adenauerhaus.

? Waren Sie mit den auf Dauer fortwirkenden Entscheidungen immer zufrieden?

! Nicht immer. Bei dem Entwurf von Sierra/Eisemann zum Holocaustmahnmal hatte ich Bedenken. Aber Helmut Kohl wollte keinen weiteren Streit und das Stelenfeld nur etwas reduzieren und mit einer Baumbepflanzung gegen den Verkehrslärm abschirmen. Die Berliner haben sich mit dem Mahnmal trotz der gelegentlichen Nutzung der Stelen zum Picknick aber besser arrangiert als ich je dachte. Ich hätte gerne das alte Berliner Schloss als Sitz des Bundespräsidenten wieder ausgebaut. Richard von Weizsäcker war der alte Hohenzollernbau zu massiv und Helmut Kohl scheute eine neue Finanzdebatte um den Sitz des Staatsoberhauptes.

? Können Sie sich an die jeweils ersten Begegnungen mit den Beiden erinnern?

! Vage bei Helmut Kohl. Das war auf den Bundesparteitagen, als die damals junge Garde aus Berlin den „schwarzen Riesen aus Rheinland Pfalz“ bei seiner zunächst vergeblichen Kandidatur gegen Rainer Barzel unterstützte. Genauer erinnere ich die erste Begegnung mit Richard von Weizsäcker. Das war anlässlich seiner Inthronisation als Spitzenkandidat der Berliner CDU. Die Vorbesprechung des Landesvorstandes fand in meiner Kanzlei in der Charlottenburger Knesebeckstraße statt. Gegenüber in der gleichen Etage warteten die Funktionsträger aus den Kreisverbänden in den

Räumen der Herrmann-Ehlers-Stiftung. Alles war streng geheim vorbereitet und wir tagten nach Redaktionsschluss der Berliner Zeitungen. Denn erst am nächsten Tag sollte die Nachfolge von Peter Lorenz öffentlich verkündet werden. Mir in Erinnerung ist die Verblüfung der Parteioberen und die persönlich sehr gewinnende aber auch mit klaren Forderungen verbundene Vorstellung Richard von Weizsäckers. Er überzeugte Herz und Verstand.

Er wollte Sicherheit für den bereits eingeschlagenen Weg einer modernen Großstadtpartei und zusätzlich eigene Akzente setzen.

? Die Bewertung der Geschichtsbücher kann man nachlesen. Was zeichnet aber für Sie persönlich den Politikstil von Helmut Kohl einerseits und Richard von Weizsäcker andererseits aus?

! Beide waren sich nicht herzlich zugetan. Deswegen will ich eine Gemeinsamkeit herausstellen. Das sind die Erfahrungen und Schlussfolgerungen aus dem Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg. Helmut Kohl spricht immer wieder vom Tod seines Bruders. Mit der Pieta von Käthe Kollwitz – der Mutter

und dem toten Kind – verbindet er einen politischen Auftrag. Bei Richard von Weizsäcker wurde das mit der Rede vom 8. Mai 1985 besonders deutlich. Politikstil der beiden? Der eine ein Mann seiner Partei, der andere immer Kritiker von Parteien. Wenn Sie mich auf eine Kurzform zwingen: Richard von Weizsäcker überzeugt durch das Wort, die Art der Argumentation, die den Zeigefinger nicht ganz verstecken kann. Helmut Kohl umarmt und gewinnt den Menschen, den er in seinem Amtszimmer in Strickjacke und Hausschuhen empfängt.



„Aus Respekt vor dem Wählerwillen“

Wegen schwerer politischer Vorwürfe im Zusammenhang mit der Howoge-Affäre kam der Abgeordnete Hillenberg (SPD) einem angekündigten Ausschluss aus der SPD-Fraktion durch Austritt zuvor. Einen Tag nach dem Übertritt des

Fraktion. Im Mai war bereits die SPD-Abgeordnete Canan Bayram zu den Grünen gewechselt, daraufhin trat Bilkay Öney den umgekehrten Weg an.

Trotz alledem bleibt aber Hillenberg in der SPD als Mitglied und Funktionär aktiv, hat sogar eine erneute Kandidatur angekündigt. Zu diesen Vorgängen nehmen der Generalsekretär der Berliner CDU, Bernd Krömer (links im Bild), und der stellvertretende Vorsitzende von Partei und Fraktion, Michael Braun (rechts), Stellung.

Krömer: „Warum ist Hillenberg für die SPD-Fraktion untragbar, aber nicht für die SPD-Berlin? Es bleibt die Frage, ob damit nicht innerhalb der SPD weitere Sachverhalte oder weitere Personen um das HOWO-Gate geschützt werden sollen.“ Michael Braun fordert im Namen sei-

ner Fraktion aus Respekt vor dem Wählerwillen und zur Stärkung des Ansehens von Politik und Politikern alle anderen im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Fraktionen und Parteien auf, auf freiwilliger Basis eine Vereinbarung zu treffen, die einen Fraktions- und Parteiwechsel von Abgeordneten während einer Legislaturperiode ausschließt. Die CDU-Fraktion sei hierzu ausdrücklich bereit. Braun: „Es gehört zur Gewissensfreiheit des Abgeordneten, sich politisch anders zu orientieren. Oft entsteht jedoch in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass sachfremde und nicht uneigennützig Motive Grund des Fraktions- und Parteiwechsels waren. Eine „Wartezeit“ ist dem wechselwilligen Abgeordneten zumutbar. Jeder wechselwillige Abgeordnete sollte sich stets die Frage stellen, warum die Partei, und vor allem die Wähler ihn mit einem Mandat versehen haben.“



FDP-Abgeordneten Rainer-Michael Lehmann zur SPD. Ein erfreuliches Déjà-vu für die SPD-



Die Berliner Christdemokraten haben ein eigenes Konzept vorlegt, das der Hauptstadt wieder zu einem funktionierenden S-Bahn-System verhelfen soll. Die Hauptstadt-Union bevorzugt dabei den Abschluss eines Sanierungsvertrages mit der Bahn und stellt sich gegen die vom Senat erwogene Teilausschreibung des Streckennetzes sowie gegen den unlängst aufgetauchten Vorschlag, das Problem durch ein Bundesgesetz regeln zu wollen.

mit Nachdruck und sofort einen Sanierungsplan zu verhandeln und gleichzeitig auf dem Gerichtsweg die faktische Monopolstellung der S-Bahn überprüfen zu lassen, die derzeit einer etwaigen Neuvergabe des Vertrags im Wege steht. Grundlage dieser vertraglichen Misere sei im Übrigen der völlig unzureichende und Berlin benachteiligende Verkehrsvertrag der seinerzeit von den SPD-Politikern Strieder, Sarrazin sowie Wowereit ausgehandelt worden sei und die Unterschrift von Junge-Reyer trage. Berlin würde sich nun mit Abschluss des geforderten Sanierungsvertrages zwar länger an die Deutsche Bahn binden, zugleich aber einen moderneren S-Bahn-Wagenpark erhalten. Für die Zukunft wäre der Weg frei für eine faire Ausschreibung des gesamten S-Bahn-Netzes.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Abgeordnetenhausfraktion, Oliver Friederici: „Es

wurden viele Werkstätten geschlossen, massiv Mitarbeiter in den Werkstätten entlassen und die Fahrzeugreserve aufgelöst. Alles das, was der Betriebsrat kritisiert hatte und vor den nun eingetretenen Folgen warnte, wurde vom Berliner Senat in keiner Weise gegenüber der S-Bahn kritisiert.“ Der Jurist und Unternehmer Thomas Heilmann forderte den Senat auf, Verhandlungen mit der S-Bahn zum Sanierungsvertrag sofort aufzunehmen. Heilmann: „Gleichzeitig sollte mit einer Klage sichergestellt werden, dass die S-Bahn ihre Fahrzeuge anderen Eisenbahnunternehmen gegen Zahlung des entsprechenden Zeitwerts überlassen muss, da das Waggon-Monopol der S-Bahn gegen kartellrechtliche Bestimmungen verstößt.“

Die S-Bahn, so sind sich die CDU-Politiker sicher, würde schlussendlich einem ausgewogenen Sanierungsvertrag zustimmen, um die Herausgabe des Fuhrparks abzuwenden. Sollten die Verhandlungen zum Sanierungsvertrag den-



noch scheitern, der Klage aber stattgegeben werden, könnte das Gesamtnetz ausgeschrieben und dem Gewinner der Fuhrpark Ende 2017 übertragen werden.

18. März 1990: Ein Sieg der Demokratie

Einen „Meilenstein auf dem Weg zur Deutschen Einheit“ nannte der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, die erste freie Volkskammerwahl am 18. März 1990. Nach Jahren der Unterdrückung des Dranges der Menschen nach Freiheit und Demokratie konnten endlich auch die Ostdeutschen frei von Manipulation und Fälschung an die Wahlurne gehen. Und sie stimmten überwältigend für diejenigen politischen Kräfte in der „Allianz für Deutschland“, an deren Gründung unlängst eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion der Konrad-Adenauer-Stiftung, zu das Landesvorstandsmitglied der CDU Berlin, Prof. Dr. Manfred Wilke, die Anregung gegeben hatte, erinnerte.

Modrow von Mai auf März 1990 vorgezogen worden. Sie wurde nach einem reinen Verhältniswahlssystem ohne Sperrklausel durchgeführt. 24 Parteien bzw. Wahlbündnisse standen zur Wahl. Allen war an einem friedlichen Übergang zur Demokratie gelegen, nahezu alle Parteien und die meisten Gruppierungen traten mehr oder weniger entschieden für die deutsche Einheit ein, sogar die SED/PDS - es ging nicht mehr um das „Ob“, sondern um das „Wie“. Auch die große Masse der Bevölkerung wünschte zum Zeitpunkt der Wahl keine „andere DDR“, sondern die rasche Einheit Deutschlands. Frank Henkel sieht jedoch aktuelle Entwicklungen mit großer Sorge: „Vor dem geschichtlichen Hintergrund des 18. März muss eine kürzlich veröffentlichte Umfrage wachrütteln. Demnach wünscht sich jeder vierte Deutsche manchmal

die Mauer zwischen West- und Ostdeutschland zurück. Diese Entwicklung muss uns mit Sorge erfüllen. Es ist daher wichtig, unaufhörlich an den langen Weg zur Demokratie in Deutschland zu erinnern, auf die Vorzüge des demokratischen Verfassungsstaats hinzuweisen, und sich mit den Gegnern von Demokratie und Freiheit in Vergangenheit und Gegenwart auseinander zu setzen.“



Die erst wenige Monate zuvor im Jahr 1989 auf der Straße erzwungenen Reformen in der DDR wurden mit der Volkskammerwahl unumkehrbar gemacht und die über Jahrzehnte das Regime tragende Staatspartei SED auf die Oppositionsbänke verbannt. Das war die Vollendung der friedlichen Revolution.

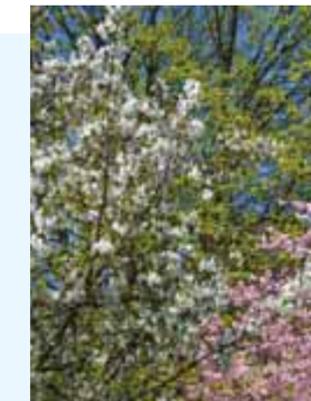
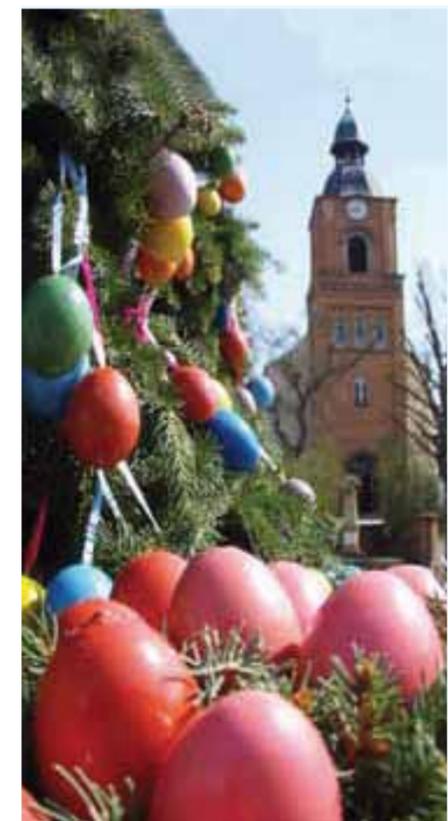
Die Wahl war wegen des raschen Autoritätsverfalls der am 13.11.1989 gebildeten Regierung

„Wahrhaftig auferstanden“

Kein anderer Anlass wird in Deutschland und Europa mit so vielen unterschiedlichen Ritualen verbunden wie das traditionelle Osterfest. Und das nicht nur, weil sich der Termin nach dem ersten Frühjahrsvollmond richtet, das Fest also kein festes Datum kennt. Von bemalten Eiern, die der Osterhase versteckt, Frühjahrssträußen und Osterlämmern weiß man mittlerweile in ganz Mitteleuropa zu berichten. Rituale wie das betörende Osterwasser für den Angebeteten, das Verzehren von Innereien oder anderen „Osterspeisen“ gehören aber in manchen Landstrichen genauso dazu, wie das Werfen von Eiern über den Dachfirst oder das orakelhafte Abschälen eines Apfels. Viele Traditionen gründen sich dabei auf heidnische Fruchtbarkeitsrituale der wiedererwachenden Natur, die sich über die Jahrhunderte erhalten haben.

Der christliche Glaube hat sich an die überlieferten Frühjahrsfeiern angepasst. Denn auch das christliche Ostern steht für neues Leben: „Der Herr ist wahrhaftig auferstanden“ heißt

es weltweit noch heute in vielen Kirchen zur Eröffnung des Ostergottesdienstes, angelehnt an das Zitat aus dem Lukasevangelium. Da die österliche Freudenzeit nach dem Zeugnis des Neuen Testaments am frühen Morgen des ersten Tages der Woche mit der Entdeckung des leeren Grabes Jesu begann, endet die Osternachtliturgie zum Sonnenaufgang mit der Feier der Eucharistie. Die Morgenröte, das Erscheinen des Lichts nach finsterner Nacht, ist in vielen Kirchenliedern, literarischen Werken und künstlerischen Darstellungen wiederkehrendes Symbol für die Auferstehung Christi und die kommende Auferstehung aller Menschen. Vielerorts wurde und wird auch immer noch mit Ostermärschen für ein politisches Ziel eingetreten. Den meisten Menschen ist jedoch am Ostersonntag weniger nach marschieren. Der Oster Spaziergang tut es in vielen Fällen auch.





HDI

HDI Versicherungen

Sparen Sie Geld!

■ **Das Angebot exklusiv für CDU Mitglieder:**

Warum sparen Sie Geld bei HDI?

- CDU Mitglieder handeln verantwortungsvoll. Das belohnt HDI mit besonders günstigen Preisen
- Starkes Preis-Leistungs-Verhältnis: HDI arbeitet günstiger als Direktversicherer
- Schnelle und unbürokratische Hilfe im Schadensfall
- Kombi-Sparbeiträge: Beitragsersparnis für Mitglieder bis 27 %

Telefon 0180 2 703703*
Telefax 030 3204-455

*6 Ct. pro Anruf aus dem Festnetz der Dt. Telekom, abweichende Preise aus Mobilfunknetzen möglich.

HDI
Niederlassung Berlin
Stichwort: „CDU“
Krausenstraße 9-10
10117 Berlin

Nicht gegeneinander, sondern miteinander

In der aktuellen Debatte um die Hartz IV – Regelsätze plädiert der Spandauer Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Berliner CDU-Landesgruppe Kai Wegner dafür, Hartz IV – Empfänger und Steuerzahler nicht gegeneinander auszuspielen, sondern gemeinsam das richtige Maß zu finden. Die eingesetzten finanziellen Mittel sollten insbesondere der Förderung bedürftiger Kinder zugutekommen.

„Es ist ein Gütesiegel der sozialen Marktwirtschaft, dass wir Menschen nicht aufgeben, sondern gerade denjenigen, die in eine Notlage gekommen sind, wieder Aufstiegsperspektiven geben“, erklärt Kai Wegner. Der CDU-Abgeordnete aus Spandau ist bereits seit 2005 Mitglied in den Bundestagsausschüssen für Wirtschaft und Technologie sowie für Arbeit und Soziales und setzt sich für eine Wirtschaftspolitik mit Vernunft und sozialer Verantwortung ein. In der aktuellen Debatte



dürfe man jedoch nicht diejenigen aus dem Blick verlieren, die arbeiten, mahnt Wegner: „Das Arbeitslosengeld II ist eine Gemeinschaftsleistung. Wir müssen deshalb das richtige Maß für diejenigen finden, die mit Arbeitslosengeld II menschenwürdig leben müssen und für diejenigen, die es erarbeiten und verdienen müssen. Das sind zwei Seiten einer Medaille. Wir sollten sie nicht gegeneinander ausspielen, sondern immer im Konsens miteinander darüber diskutieren.“ Genauso wie es Steuerhinterziehung gebe, gebe es auch Missbrauch bei Hartz IV. Deshalb seien aber noch lange nicht alle Steuerzahler Steuerhinterzieher und alle Langzeitarbeitslosen unter Missbrauchsverdacht, stellt der CDU-Abgeordnete klar. Zu dem Hartz IV – Urteil des Bundesverfassungsgerichts sagt Wegner: „Das Urteil hat dargelegt, dass die Regelsätze menschenwürdige Lebensverhältnisse garantieren müssen, aber dass die Leistungen nicht nur Geldleistungen in Euro und Cent sein müssen.“ Es gehe um die Möglichkeit der Teilhabe, der sozialen Perspektive und vor allem der sozialen Beziehungen. „Da können und da wollen wir neue Wege gehen“, versichert Wegner. „Wir müssen dafür sorgen, dass die eingesetzten finanziellen Mittel zielgerichtet insbesondere bei der Förderung der bedürftigen Kinder wirksam werden“, so der Christdemokrat. Dies könne beispielsweise durch Bildungsgutscheine geschehen. „So erhalten diese Kinder Möglichkeiten, vermehrt an verschiedenen gesellschaftlichen Angeboten wie Betreuungsplätze, Sportvereine, Kultur- und Bildungseinrichtungen, teilzunehmen“, erklärt Wegner. Gemäß des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ist der Deutsche Bundestag nun aufgefordert, bis Ende 2010 die Hartz IV – Sätze in einem transparenten und sachgerechten Verfahren mit verlässlichen Zahlen neu zu berechnen. Wegner dazu: „Ich fühle mich in meiner Forderung bestätigt, dass die Regelsätze einer regelmäßigen und automatischen Anpassung unterzogen werden müssen.“ Das Urteil zeige einmal mehr, wie dilettantisch Rot-Grün seinerzeit die Hartz IV-Gesetzgebung ausgestaltet habe, kritisiert der Spandauer Abgeordnete. „Uns bietet sich jetzt die Chance für wegweisende politische Weichenstellungen. Es gilt, die ‚rot-grüne Gerechtigkeitslücke‘ zu schließen und damit den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu sichern“, so Wegner abschließend.

„Es ist ein Gütesiegel der sozialen Marktwirtschaft, dass wir Menschen nicht aufgeben, sondern gerade denjenigen, die in eine Notlage gekommen sind, wieder Aufstiegsperspektiven geben“, erklärt Kai Wegner. Der CDU-Abgeordnete aus Spandau ist bereits seit 2005 Mitglied in den Bundestagsausschüssen für Wirtschaft und Technologie sowie für Arbeit und Soziales und setzt sich für eine Wirtschaftspolitik mit Vernunft und sozialer Verantwortung ein. In der aktuellen Debatte

AUS DEM BUNDESTAG

90 Millionen Euro für deutsche UNESCO-Welterbestätten

Bis 2014 wird der Bund für den Erhalt und die Sanierung der deutschen UNESCO-Welterbestätten weitere 90 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Bereits im vergangenen Jahr waren 150 Millionen geflossen. Ab Ende März können sich alle 33 deutschen Welterbestätten um eine Förderung bewerben, erste Gelder sollen bereits im Juli gewährt werden. Monika Grütters, die sich als Sprecherin des Gesprächskreises UNESCO-Welterbestätten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vehement für eine Fortsetzung der Förderung eingesetzt hat, zeigt sich erfreut über die Verstärkung der Bundesmittel: „Da sich drei der Welterbestätten in Berlin befinden, bietet das Programm auch viele Chancen für den Berliner Mittelstand, Aufträge aus dem Programm zu erhalten“, so Grütters. Auch der Tourismus in der Hauptstadt könne von diesem Förderprogramm profitieren. „Ich appelliere daher an die Verantwortlichen in Berlin, das neue Investitionsprogramm zu nutzen und zügig Förderanträge für geeignete Projekte einzureichen“, sagte die Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag.



Karl-Georg Wellmann lässt „Fair Boxen“

Im September 2009 startete der Steglitz-Zehlendorfer Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann (CDU) das Projekt „Fair Boxen“ an der Mercator Grundschule. Die Schule liegt in



der Thermometersiedlung, einem sozialen Brennpunkt im Berliner Südwesten. Das Projekt wird von Kickbox-Weltmeister Cengiz Koc und Boxweltmeister Oktai Urkal unterstützt. Einmal wöchentlich werden die elf- bis zwölfjährigen Kinder von ihrem Trainer Cebrail Beyazgül im „Fair Boxen“ unterrichtet. Konzentration, Entspannung und der sinnvolle Umgang mit den eigenen Kräften soll den Kindern spielerisch vermittelt werden. Wellmann sicherte die Finanzierung des Projektes für zunächst zwei Jahre, indem er auf die

Wahlkampfspende eines privaten Investors verzichtete und diesen bat, die Spende über 5.000 Euro an den Förderverein der Mercator Schule weiterzuleiten. Bei seinem letzten Projektbesuch nahm Wellmann - neben dem Bezirkssportstadtrat Norbert Schmidt (CDU) - auch Berlins CDU-Chef Frank Henkel mit.

Neuköllner Gespräche mit Bundesgesundheitsminister Rösler

Im Rahmen der „Neuköllner Gespräche“ konnte die Neuköllner Bundestagsabgeordnete Stefanie Vogelsang (CDU) Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) im Neuköllner Krankenhaus begrüßen. „Heute sind nicht nur High-Tech sowie höchste Kompetenz wichtig“, so Vogelsang, „sondern auch Wertschätzung und Zeit für die Menschen, also das, was man ‚sprechende Medizin‘ nennt.“ Die Neuköllner Chefärzte informierten den Minister über die Neuköllner Schlaganfallstudie NESS, die das Verhältnis von Migrationshintergrund und Schlaganfällen untersucht, und berichteten über Problemfelder wie die nach wie vor zu hohe Säuglingssterblichkeit in Deutschland und die Verweildauer von Patienten mit seelischen Störungen. Vogelsang machte darauf aufmerksam, dass das Land Berlin seine gesetzlichen Verpflichtungen zur Instandhaltung der Krankenhausgebäude missachtet. Dies habe zur Folge, dass notwendige Investitionen für Gebäudesanierungen aus dem Medizin- und Pflege-Budget abgezockt werden müssten, was zu Lasten der Patienten gehe.



Vertrauen bilden

Gesellschaftliche Vorbilder sind in Zeiten der Krise wichtiger denn je, findet der Reinickendorfer CDU-Bundestagsabgeordnete Frank Steffel. Bereits der Vater der Sozialgesetzgebung, Otto von Bismarck, wusste: „Vertrauen ist eine zarte Pflanze. Ist es zerstört, kommt es so bald nicht wieder.“ Steffel: „Wir misstrauen heute der Politik, weil sich mancher zu weit von den Realitäten und der Sprache der Menschen entfernt hat. Durch die Zerstörung des Vertrauens wird unserer Demokratie aber die Existenzgrundlage entzogen.“ Der CDU-Abgeordnete

weist darauf hin, dass man Vertrauen mit vorbildlichem Engagement in Gesellschaft, Sport und Kultur gewinnen könne – in Berlin stünden dafür Namen wie die Familie Schweitzer, Werner Gegenbauer, Peter Raue oder Frank Zander. „Wir brauchen mehr Ärzte, Ingenieure, Künstler und Unternehmer in der Politik. So genießt etwa der inhabergeführte mittelständische Betrieb neben dem Verfassungsgericht in allen Umfragen großes Vertrauen“, so Steffel. Frank Steffel, der selbst Inhaber eines mittelständischen Unternehmens und Präsident der Reinickendorfer Fühse ist, betont, „dass wir uns wieder den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft zuwenden müssen“ – also einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der der Starke den Schwachen unterstützt und sich zugleich jeder frei entfalten kann. Steffel: „Wir brauchen nicht nur einen Rettungsschirm für Banken. Wir brauchen eine neue Vertrauenskultur. Insofern liegt in jeder Krise eine Chance.“



Gemeinsam zum Wirtschaftsstandort Nr. 1

„Wir sind gemeinsam aktiv!“ lautet der tatkräftige Leitsatz des „UnternehmensNetzwerks Motzener Straße e.V.“, bei dem der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak zu Besuch war. Die Initiative wurde vor fünf Jahren als Berlins erstes Unternehmernetzwerk in einem Industriegebiet gestartet. „Das Ziel, das Gewerbegebiet zum Wirtschaftsstandort Nr. 1 im Süden Berlins zu machen, ist ehrgeizig - aber durchaus erreichbar“, so Luczak. Der Initiative gehören aktuell 53 Unternehmen an. Positiv fand Luczak auch, dass die beteiligten Unternehmen neben ihren wirtschaftlichen Interessen auch zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stehen. So entstand etwa in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt die ortsnahe Kita „Kaengoo“ in Marienfelde, die arbeitnehmerfreundliche Öffnungszeiten von 6:30 Uhr bis 21:30 Uhr hat. „Dies hilft der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist ein enormer Standortvorteil“, sagte Luczak. Ferner lobte der CDU-Abgeordnete den Ansatz des Netzwerkes, den Gewerbeort zu einem Null-Emission-Standort zu entwickeln.



Union vor Ort

Reinemachen in Reinickendorf & Spandau

Auf den Straßen und Gehwegen Reinickendorfs kommt die BSR mit der Reinigung gar nicht hinterher. Daher bat Reinickendorfs Bezirksbürgermeister **Frank Balzer** (CDU) nicht nur die Bürgerinnen und Bürger des Bezirk um Mithilfe, sondern packte selbst mit an.

Die spontan organisierte Aktion der CDU-Spandau wurde von freiwilligen Helfern der BSR tatkräftig unterstützt. Ziel: auf Lücken im Straßenreinigungsgesetz hinzuweisen, denn Behindertenparkplätze sind generell von der Räumung der BSR ausgenommen. Ein unhaltbarer Zustand, findet die CDU.

Für Kinder - gegen Windmühlen

Der Fraktions- und Landesvorsitzende der Berliner CDU, **Frank Henkel**, sowie **Gregor Hoffmann**, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, und die Schöneberger Abgeordnete **Monika Thamm** besuchten Einrichtungen und Projekte des UNIONHILFSWERK in Neukölln. Dabei erfuhren sie etwa, was es bedeutet,

eine Einrichtung zu führen, in der über 90 Prozent der Kinder einen arabischen oder türkischen Migrationshintergrund haben und kaum Deutsch sprechen. Die Kita-Leiterin **Brigitte de Lippe**: „Hier etwas bewirken zu wollen, ist wie ein Kampf gegen Windmühlen. Aber man darf nicht aufgeben, auch wenn die Eltern zum Beispiel nicht mal sieben Euro im Monat für ein Frühstück ihrer Kinder übrig haben.“

Für Kinder mit Zukunft

Bernd Krömer, Generalsekretär der Berliner CDU, und Bezirksstadtrat **Carsten Spallek** (CDU) freuten sich gemeinsam mit Arche-Gründer **Bernd Siggelkow** über die offizielle



Flyern und einer Facebook-Gruppe sollen die Berlinerinnen und Berliner aufgeweckt werden!“

CDA-Landestagung

le Übergabe eines neuen Fahrzeugs an die Arche Berlin-Wedding. Das Fahrzeug konnte dank der großzügigen Unterstützung zahlreicher Spender und Sponsoren angeschafft werden.

MIT kooperiert

Bei einem exklusiven MIT-Gewerbestammtisch, der MIT-Friedrichshain-Kreuzberg, MIT-Mitte, MIT-Treptow-Köpenick und MIT-Wuhletal hatten über 40 Gäste die Gelegenheit, bei der international bekannten Krawattenmanufaktur Edsor Kronen Stelly GmbH in Berlin Kreuzberg den Weg vom Tuch zur fertigen Krawatte zu verfolgen.



JU-Laptop für freies WLAN

Die Junge Union Berlin und die CDU Berlin kämpfen weiter für ein Freies WLAN-Netz in der Hauptstadt. Der rot-rote Senat musste Investoren zurückweisen, da er keine Möglichkeit für die Umsetzung sah. Was in anderen Großstädten eine Selbstverständlichkeit ist, überfordert Rot-Rot. Der JU-Vorsitzende **Conrad Clemens** erklärt: „Mit 20.000 klappbaren Laptop-



bei die Einzelheiten des insgesamt etwa 450 Millionen Euro Investitionsvolumens.

Gemeinsam gestalten

Zum ersten Kommunalpolitischen Forum hatte die CDU-Fraktion Pankow und ihr Vorsitzender **Johannes Kraft** eingeladen. Unter



dem Motto „Gemeinsam gestalten: Stadtentwicklung der Zukunft“ konnten die Besucher mit **Volker Liepelt**, Staatssekretär a.D., und **Jürgen Leindecker**, erster Beigeordneter des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, ins Gespräch kommen.

CDU Lichtenberg wächst



sitzenden der Arbeitnehmergruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Peter Weiß** MdB (im Bild mit dem CDA-Vorsitzenden **Horst Gedack**).

Der CDU Kreisverband Lichtenberg hat 2009 bundesweit den zweiten Platz beim Werben um neue Mitglieder belegt und wur-



Revival der City-West

Im Rahmen einer hochinteressanten Veranstaltung des „Forum Bau, Umwelt, Verkehr“ der CDU-Charlottenburg-Wilmersdorf wurden drei aktuelle City-Bauprojekte vorgestellt. **Dr. Jürgen Lautsch**, Bezirksverordneter, erläuterte da-

de dafür sogar von der Bundesvorsitzenden ausgezeichnet (Bild v.l.n.r.: **Tristan Martens**, **Martin Pätzold**, Angela Merkel und **Danny Freymark**). Besonders erfreulich: die meisten Neu-Mitglieder kommen aus der Jungen Union oder sind im JU-Alter.



DIE CDU IN DEN BERLINER BEZIRKEN

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Großkopfstraße 6-7, 13403 Berlin
Tel.: 496 12 46, Fax: 496 30 53
Email: info@cdu-reinickendorf.de
Internet: www.cdu-reinickendorf.de

Mitte

Levetzowstr. 10, 10555 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: info@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg

Siegfriedstr. 204 C, 10365 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: info@cdulichtenberg.de
Internet: www.cdulichtenberg.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.spandau-partei-cdu.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Treptow-Köpenick

Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 791 17 89, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdu-sz.de
Internet: www.cdu-sz.de

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: service@cdu-tempelhof-schoeneberg.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Neukölln

Donastr. 100, 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: cdukv0502@aol.com
Internet: www.friedrichshain-kreuzberg-cdu.de

Geschichts-Villa

Die Vorsitzenden der drei Südwest-Ortsverbände **Frank Mückisch** (Nikolassee/Schlachtensee/Krumme Lanke), **Gerhard Grigoleit** (Wannsee) und **Stephan Standfuß** (Düppel) hatten



zum Rundgang durch das neue Museum „Villa Schöningen“ an der Glienicke Brücke eingeladen. Zäsuren wie die Teilung Deutschlands, der Mauerfall und der spektakuläre Agentenaustausch vor 25 Jahren prägten die Geschichte des Hauses.

Vorausgeplant

Weit voraus plant die CDU-Borsigwalde und gibt heute schon den Termin für das nächste Familienfest bekannt. Gemeinsam mit den Freunden der Ortsverbände Lübars-Waidmannslust, Tegel und Wittenau soll am 18. September 2010 das nächste Familienfest



durchgeführt werden. Außerdem: regelmäßige Bürgersprechstunden und die „Borsigwalder Runde“ mit der Abgeordneten **Emine Demirbüken-Wegner** (im Bild beim letzten Familienfest) und dem Bezirksverordneten **Olaf Warbinek**.

Berlin hat keine Lust auf Provinz



Der Autor dieses Textes, Dr. Uwe Lehmann-Brauns, ist Vize-Parlamentspräsident des Abgeordnetenhauses von Berlin und wurde 1938 in Potsdam geboren. Er ist verheiratet, hat drei Kinder. Seit 1966 gehört er der CDU an, war Ortsvorsitzender in Dahlem und Kreisvorsitzender in Zehlendorf. Seit 1979 ist er Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses mit den Schwerpunkten „Deutschland- und Stadtpolitik“ (bis 2006 kulturpolitischer Sprecher), war viele Jahre stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion. Nach seinem Abitur studierte er Rechtswissenschaften, 1965 promovierte er und war daraufhin kurzzeitig Attaché im Deutschen Diplomatischen Dienst. Von Beruf ist er Rechtsanwalt und Notar. Des Weiteren ist er Gründungs- und Vorstandsmitglied des Bürgerbüros zur Aufarbeitung von SED-Unrecht und zweiter Vorsitzender des „Autorenkreises der Bundesrepublik“.

Park-, Villen- und Kulturlandschaft, kann immer weniger wahrgenommen werden. Das ist keine Klage pro domo, sondern pro urbe. Die Stadt hat Reize um Mitte herum.

Wer dem Südwesten nicht nahe genug steht, nehme Lichtenberg. Ein auch durch seine Stasi-Landschaft (Magdalenenstraße und Hohenschönhausen) bekannter Bezirk. Hinzu kommen der Bereich um den S-Bahnhof Karlshorst mit Alliiertenmuseum, ehemals Russischem Theater, oder die von Taut errichtete Max-Taut-Schule und und und. Dennoch steht der Bezirk heute im Abseits, nur wenige Besucher erreichen ihn, die Frankfurter Allee versorgt allenfalls Einheimische!

Das sind drei Beispiele aus drei Bezirken, die leicht durch Vergleichbares in anderen Bezirken vermehrt werden könnten. Die Stadtentwicklungspolitik des Senats hat dieses Manko und die Chance, es zu beseitigen, bisher nicht erkannt oder wahrgenommen. Im Gegenteil: Ungerührt will/wollte Wowerite eine neue Kunsthalle – na wo wohl – in Mitte gegenüber dem Hamburger Bahnhof! Aber Mitte ist voller Museen, Galerien, Events, bedarf keiner Nachhilfe durch den Senat. Einer Aufhilfe bedürfen die am Abstand zu Mitte leidenden Bezirke. Die wären über eine dezentrale Standortentscheidung in Sachen Kunsthalle froh gewesen. Wowerits Argument, dort ginge keiner hin, ist nichts weniger als verbaler Ausdruck einer immobilien Stadtpolitik und pardon, leicht spießig. Eine neue Kunsthalle in Lichtenberg etwa in eines der vielen dort vorhandenen architektonisch wertvollen Gebäude platziert, könnte anregen, anziehen, beleben. Um jede Kultureinrichtung bildet sich schnell ein Hof von profitierenden Cafés, Läden, Restaurants – oder verschwindet, wenn die Einrichtung plattgemacht wird, wie z. B. um das Schiller Theater.

Qualität wird aufgesucht, auch in den Bezirken um Mitte herum. Die acht Berliner Großstädte dürfen nicht zu Vorstädten werden. Berlin hat keine Lust auf Provinz. Deshalb: Schluss mit der einfalllosen Zentralisierung. Ein Mentalitätswechsel ist gefragt. Um Stadtpolitik wird gebeten.

Berlin wächst und wächst und wächst zusammen, wird doch noch Metropole. Hiesige, Zu- und Abreisende strömen durch die Stadt, vor allem durch die Innenstadt. Innenstadt, das heißt: Mitte, Prenzlauer Berg, Kreuzberg, Charlottenburg - mehr oder weniger vier von zwölf Bezirken. Wer die Stadt kennt, weiß, sie besitzt eine geographische Mitte, aber kein Zentrum. Berlin ist eine polyzentrische Stadt, Stadt der Bezirke, die nicht nur von ihrem Volumen her den Rang von Großstädten haben. Jede dieser Städte hat ihre spezifische Ausstrahlung, ihre überbezirklichen Einrichtungen, kulturelle Attraktionen mit Museen, Theatern, Schlössern, Hochschulen, etc. Alle zwölf prägen das Bild von Berlin als einer vielfältig wahrzunehmenden Stadt. Das Bild will gepflegt sein.

Es beginnt zu verblassen. Immer schwerer haben es vor allem kulturelle Einrichtungen, sich außerhalb der Mitte zu halten. Nehmen wir Charlottenburg. Der Bezirk verlor zwar schon vor der Wende das große Schiller Theater zuzüglich Werkstatt, jetzt aber die Tribüne, die Nofretete, den Schatz des Priamos. Auf der Kip-

pe die beiden Theater am Kurfürstendamm. Wer künftig ins Theater will, braucht - mit Ausnahme der Schaubühne - Charlottenburg nicht mehr. Da hilft auch kein Riesenrad!

Ein anderes Beispiel: der Südwesten. Mit viel Glück ist das Schlosspark Theater wieder da – aber der Bezirk verliert 2014 die großen Ethnographischen Museen in Dahlem an das Stadtschloss. Das sog. Museum für Europäische Kultur zieht in das Kulturforum in Tiergarten. Das Alliiertenmuseum will in den Flughafen Tempelhof, das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ist schon seit Jahren von Dahlem ab nach Mitte gezogen.

Die Berliner Innenstadt kann vor Menschenströmen kaum Luft holen, Touristen werden Marathon- und Stehverqualität mitbringen müssen, wenn sie die Museumsinsel, das Alte Museum, das Deutsche Historische Museum, die Ethnographischen Museen im Stadtschloss, das Kulturforum am Potsdamer Platz wahrnehmen wollen. Das autarke Charlottenburg, als westliches Zentrum, wird dadurch nicht ins Abseits geraten. Aber Dahlem mit seiner einmaligen

EIN GUTER JAHRGANG - EIN GEWINN FÜR SIE



Die Berliner Rundschau gibt es inzwischen im 36. Jahrgang und der letzte war ein guter. Mit der Umstellung des bisher reinen Verteilmediums zum MitgliederMagazin mit Werbecharakter wurde das Traditionsblatt bunter – und wie die Redaktion findet – auch besser. Den Rückblick auf die Ausgaben des letzten Jahres verbinden wir diesmal mit einem Preisausschreiben. Notieren Sie einfach die Ziffer Ihres Lieblingstitelblattes, schicken Sie dies bis zum 15. April an uns (cduberlin@cduberlin.de, Fax 32 69 04 12 oder per Post an CDU Landesverband Berlin, Wallstraße 14 A, 10179 Berlin). Unter allen Einsendungen wird ein Büchergutschein im Wert von 100 Euro verlost. Viel Glück!

KBB

KOMMUNIKATION
K
BERATUNG
B
BILDUNG
B

Fit für das Mandat:
Hilfe aus der Praxis
für die Praxis

Hier finden Sie das
aktuelle Programm
www.kbb-berlin.de

Und so erreichen
Sie uns:

Kommunalpolitisches
Bildungswerk
Berlin e.V. (KBB)
Paul-Lincke-Ufer 8b
10999 Berlin
Tel. (030) 204 509 32

info@kbb-berlin.de

Der KBB-Vorstand:
Tim-Rainer Bornholt
Jürgen Vogt
Volker Liepelt
Verena Butalikakis
Frank Henkel

HERAUSGEBER UND VERLAG CDU-Landesverband Berlin, Wallstraße 14 A, 10179 Berlin Tel.: 030 - 32 69 04-0 • Fax: 030 - 32 69 04 -44	REDAKTION: Ada Wendel, Melanie Groll, Frank Marten LAYOUT und PRODUKTION: Verlag ante portas BerlinMedia GmbH	S. 3: Wendel, Reitze S. 4: Lüders S. 5: alle Reitze S. 6: alle Reitze S. 7: Hoffmann/Bundesregierung, Reitze S. 8, 9: alle Reitze S. 10: privat S. 11: Reitze, privat, Menge S. 12, 13: privat, Pfister S. 14: Reitze S. 16: CDU, Reitze	Hinweise der Redaktion: Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal
REDAKTIONSLEITUNG: Frank Henkel CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze	BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: S.1: iStock/nsfphoto, Wendel, 2x Reitze S. 2: Reitze		

EINLADUNG

ZUR LANDESMITGLIEDERVERSAMMLUNG

Mittwoch, 5. Mai 2010, 18.00 Uhr
Bundesgeschäftsstelle

Alle Mitglieder der Hauptstadt-CDU sind als Teilnehmer recht herzlich zur nächsten Landesmitgliederversammlung zum Thema „Aktive Bürgergesellschaft – Das Berlin der Berlinerinnen und Berliner“ eingeladen. Der genaue Tagungsablauf sowie das Antragspapier werden Ihnen ab Mitte April zur Verfügung stehen. Bitte notieren Sie sich den Termin schon heute.

Soziale Marktwirtschaft – Das Leitbild der CDU

Über 200 Besucher hatten den Weg in den Goldberger-Saal der IHK Berlin in der Fasanenstraße gefunden und wurden in ihren Erwartungen an das hochrangig besetzte Podium bei der gemeinsamen Diskussionsveranstaltung der Berliner CDU und der Friedrich A. von Hayek



Gesellschaft nicht enttäuscht. Der Präsident der Hayek-Gesellschaft, Dr. Gerhard Schwarz, der Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Dr. Josef Schlarmann und der ehemalige Bundesminister Dr. Heiner Geißler diskutierten intensiv und kontrovers über das wirtschaftspolitische Leitbild der Union. Einig waren sich alle Diskutanten

darin, dass in der Sozialen Marktwirtschaft die beste Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung liegt.



Den Thesen von Dr. Schwarz, wonach die Politik die Welt-

wirtschaftskrise zu Teilen selbst verursacht hätte, widersprach Heiner Geißler jedoch heftig. Für ihn lägen die Ursachen darin, dass die global agierenden Fonds und Finanzmärkte nicht genügend reguliert seien und ihre Freiheiten nicht für sondern gegen die Menschen eingesetzt hätten.

Unter den begeisterten Zuhörern befand sich u.a. der ehemalige Bundesminister Dr. Christian Schwarz-Schilling, der sich ebenfalls zu Wort meldete und von seinen Erfahrungen nach der deutschen Einheit berichtete. Den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der Berliner CDU, Frank Henkel, der mit seinem Eingangsstatement den Abend eröffnet hatte, beglückwünschte Schwarz-Schilling zur gelungenen Veranstaltung und ermunterte ihn, diesen notwendigen Diskurs fortzusetzen.

INFO-
COUPON

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ

Telefon

eMail

- Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin: Senden Sie mir Informationsmaterial zu!
- Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden: Nehmen Sie Kontakt mit mir auf.

CDU Berlin • Wallstraße 14A • 10179 Berlin
Tel.: 030. 32 69 04 - 0 • Fax: 030. 32 69 04 - 44 • cduberlin@cduberlin.de

Mitmachen.

CDU